

718/J XXI.GP

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Silhavy, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

betreffend Joboffensive Feldbach

Der Verein zur Förderung der Erwerbstätigkeit arbeitssuchender Personen (Joboffensive Feldbach) verfügt über den Gewerbeschein und war aufgrund einer Nichtuntersagungsbewilligung als private Arbeitsvermittlung tätig. Durch die Nichteinhaltung der im Bescheid festgehaltenen Auflagen ist diese Bewilligung mit 31. Dezember 1998 erloschen.

Gegen den Verein wurden 6 Strafanzeigen wegen illegaler privater Arbeitsvermittlung und eine Anzeige wegen Verstoßes gegen § 17 b (3) AMFG erstattet.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**ANFRAGE:**

1. Wie ist der Stand der angesprochenen Anzeigen bezüglich illegaler Arbeitsvermittlung?
2. Wie ist der Stand hinsichtlich der Strafanzeige wegen des Verstoßes gegen § 17 b (3) AMFG?
3. Gibt es Verzögerungen bei der Verfolgung der Verstöße, weil der Obmann des Vereines der ÖVP - NRAbg. Josef Fink ist?
4. Welche Maßnahmen setzen Sie um gegen illegale Arbeitsvermittlungen wirkungsvoll vorzugehen?
5. Welche Maßnahmen werden Sie im konkreten Fall der Inanspruchnahme von allgemeinen Fördermitteln in der Höhe von öS 640.000,- durch das Land Steiermark und somit den Verstoß gegen die Bestimmungen des AMFG setzen?